

Branchen | Philippinen | Infrastrukturbau

Build, Build, Build-Programm soll wieder Fahrt aufnehmen

Das große Infrastrukturprogramm der Philippinen kam durch die Coronapandemie ins Stolpern. Die Regierung will nun zahlreiche Projekte bis Mitte 2022 zu Ende bringen.

25.01.2022

Von Alexander Hirschle | Taipei

- ▶ Covid-19 führte zu Verzögerungen
- ▶ Infrastruktur soll Konjunktur ankurbeln
- ▶ 2022 wird Bau von 29 Projekten gestartet

Die aktuelle philippinische Administration muss sich sputen, um zumindest noch in die Nähe des von ihr angekündigten Ziels eines „goldenen Zeitalters der Infrastruktur“ zu kommen. Die Regierung von Präsident Rodrigo Duterte hatte vor fünf Jahren das gigantische Programm Build, Build, Build (BBB) aufgelegt. Es umfasste mehr als 100 geplante Maßnahmen im Umfang von rund 90 Milliarden US-Dollar (US\$).

Covid-19 führte zu Verzögerungen

BBB galt als das Vorzeigeprojekt der Regierung, das endlich die Probleme in der philippinischen Infrastruktur beheben sollte – einem der großen Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung des asiatischen Landes. Allerdings hatte die Initiative mit Verzögerungen zu kämpfen, die nicht zuletzt auch durch die Einschränkungen im Rahmen der Coronakrise bedingt waren.

So implementierten die Philippinen im März 2020 einen der härtesten und am längsten andauernden Lockdowns der Welt. Das führte zu zahlreichen Problemen, vor allem im logistischen Bereich und bei der Mobilität der Arbeitskräfte. Die öffentlichen Infrastrukturausgaben sanken im ersten Jahr der Pandemie 2020 auf 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), nachdem sie 2019 noch 5,4 Prozent erreicht hatten. 2021 nahm die Entwicklung wieder etwas Fahrt auf. Nach Angaben der Regierung wendete die öffentliche Hand im Laufe des Jahres knapp 20 Milliarden US\$ für BBB auf. Die Ausgaben für Infrastruktur betragen somit wieder 5,1 Prozent des BIP.

Infrastruktur soll Konjunktur ankurbeln

Die Regierung will die kommenden Monate bis zu den Präsidentschaftswahlen am 9. Mai 2022 nun nutzen, um auf den letzten Metern noch so viele Projekte wie möglich umzusetzen. Nicht zuletzt, weil der Bausektor und insbesondere Infrastrukturmaßnahmen als wichtiger Motor für die konjunkturelle Erholung des Landes dienen soll. Die Wirtschaft auf dem Archipel war 2020 real um fast 10 Prozent eingebrochen und die Erholung im vergangenen Jahr verlief schleppender als zunächst von den Verantwortlichen erhofft.

Bis Mitte 2022 sollen 18 Projekte im Gesamtwert von rund 4,6 Milliarden US\$ abgeschlossen sein, wie Regierungsvertreter Ende 2021 in der lokalen Presse bestätigten. Allerdings wurde auch klar, dass von den insgesamt 112 geplanten Vorhaben der weitaus größere Teil erst nach Ende der Präsidentschaft von Duterte in Betrieb gehen kann.

2022 wird Bau von 29 Projekten gestartet

Die nächste Administration muss somit noch mindestens 94 Projekte im Wert von 87,5 Milliarden US\$ bearbeiten. Neun davon sollen im zweiten Halbjahr 2022 beendet werden. Die restlichen 85 Vorhaben sollen die Verantwortlichen ab 2023 umsetzen.

Bis 2020 wurde bereits für 55 Projekte der Grundstein gelegt. Weitere 21 Vorhaben starteten im Jahr darauf. Im laufenden Jahr 2022 ist der Spatenstich für 29 Projekte geplant, gefolgt von sieben weiteren ab 2023.

Die Regierung musste im Verlauf der Pandemie ihre ursprünglichen Planungen anpassen. Die Nachfrage dürfte künftig niedriger sein als ursprünglich angenommen, vor allem im Luftfahrtbereich und im Schienenverkehr. Auch müssen neue Verhaltensregeln bei der Projektierung beachtet werden – etwa ausreichend Platz für Social Distancing. Das dürfte nach Schätzungen von Branchenexperten zudem die Kosten für die geplanten Maßnahmen weiter in die Höhe treiben.

Mehr zu:

Philippinen
Infrastruktur / Tiefbau, Infrastrukturbau / Bau, übergreifend
Branchen

Kontakt

Loan Schwedler

Wirtschaftsexpertin

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.